
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

UMSETZUNG DER INKLUSION AN HESSISCHEN SCHULEN

07.06.2017

- **zusätzliche Stellen können nicht den eigentlichen Mehrbedarf zur Umsetzung der erfolgreichen Inklusion abdecken**
- **notwendige Ressourcen fehlen derzeit und können kurzfristig nicht geschaffen werden**
- **Sorgen der Lehrer haben an Aktualität nichts eingebüßt**

„Die vorgestellten Zahlen zur Realisierung eines inklusiven Unterrichts in Hessen zeigen deutlich, dass der Bedarf an zusätzlichen Lehrkräften an Regelschulen steigt. Angesichts der derzeitigen fehlenden Fachlehrerkapazitäten wirkt die positive Bilanz mit einer Nachsteuerung in Höhe von 58 Stellen nicht überzeugend und ist noch immer unzureichend. Die Sorgen und Nöte, die vor allem von den Grundschullehrerinnen und -lehrern geäußert wurden, verlieren dadurch nichts an Aktualität. Vielmehr zeigt sich, dass das Thema mit Fingerspitzengefühl angegangen werden muss, um den Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen“, so Wolfgang GREILICH, bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag.

Weiter erklärte Greilich:

„Wenn die zusätzlichen Ressourcen damit gerechtfertigt werden, dass der Mehrbedarf auf den Schüleranstieg zurückzuführen ist, dann stellt sich die Frage, in welchem Maße auf die Über- beziehungsweise Belastung der Lehrerinnen und Lehrer reagiert wird. Momentan verfolgt die Landesregierung diesbezüglich eine Vogel-Strauß-Politik, die weder Schülern noch den Lehrkräften gerecht wird. Desinteresse und Wegducken ist unserer Meinung nach der falsche Weg. Die Äußerung des Kultusministers ‚Mit der öffentlichen Mitteilung der Planzahlen möchten wir einen Beitrag zur Beruhigung leisten

und Sorgen vor einer zu geringen Lehrerversorgung nehmen, die in aller Regel unbegründet sind‘ (PM Nr. 57 des Kultusministeriums: Mehr Inklusionsschüler – mehr Stellen für Inklusion) wirkt vor dem Hintergrund der Diskussionen in den letzten Monaten und Wochen geradezu grotesk.

Wenn nicht die notwendigen Ressourcen für die Verwirklichung eines erfolgreichen inklusiven Unterrichts zur Verfügung gestellt werden, werden über kurz oder lang alle Schüler Verlierer sein und es wird diesem wichtigen bildungs- aber auch gesellschaftspolitischen Ziel ein Bärendienst erwiesen. Aus diesem Grund haben die Freien Demokraten wiederholt darauf hingewiesen, dass das gemeinsame Ziel der bestmöglichen Förderung jedes einzelnen Kindes nur erreicht werden kann, wenn die ausreichende Hinterlegung mit Ressourcen gewährleistet ist. Die bereits zur Verfügung stehenden Stellen und Mittel reichen bei weitem nicht aus, um Inklusion vollständig umzusetzen und deshalb wird sie an ihre Grenzen stoßen. Dies darf auch die Politik der Landesregierung nicht leugnen, wenn es ihr Ernst ist mit den Schülerinnen und Schülern.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de